

## Online Recht III

### Rechtsgeschäfte im Internet:

Ein Kaufvertrag entsteht durch Angebot und Annahme (2 übereinstimmende WE) (§ 433 BGB)

- Angebot: bspw. Vollendung d. Bestellung (reine Präsentation von Waren in Online-Shop ist kein verbindliches Angebot → Ausnahme Ebay)
- Annahme: bspw. Auftragsbestätigung oder Lieferung der Ware (auch automatisch erzeugte Bestätigung ist zulässig)

### Zugang:

Zur Wirksamkeit der WE bedarf es des Zugangs, da WE unter Abwesenden (§ 130 BGB)

- Zugang d. WE erfolgt, wenn sie in Machtbereich gelangt (so dass der Empfänger in regelmäßigen Umständen die Möglichkeit der Kenntnisnahme vom Inhalt hat)

### Beweisfrage

- Wenn Käufer Kauf bestreitet, muss Anbieter beweisen, dass Vertragschluss stattgefunden hat

### Anfechtbarkeit:

- Anfechtung elektronisch erzeugten oder übermittelten WE richtet sich nach allgemeinen Vorschriften (§§ 119, 120 BGB)
  - bspw. Erklärungsirrtum, Übermittlungsfehler (Netzfehler, fehlerhafte Datenübermittlung)
  - fehlerhafte Erklärung aufgrund Softwarefehler oder aufgrund veraltetem Datenmaterial/Preislisten nach h.M. nicht anfechtbar  
→ insgesamt Rechtslage über Anfechtbarkeit etwas verworren

### Informationspflichten: (§312e BGB i.V.m. § 3 BGB-InfoV)

Unternehmer muss Kunde muss vor Abgabe d. Bestellung über bestimmte Dinge informieren. Der Kunde muss...

- Eingabefehler erkennen und berichtigen können (wenn dies fehlt keine Rechte für Unternehmer bei Anfechtung wegen Eingabefehler)
- Informationspflichten nach BGB-Informationspflichtenverordnung mitgeteilt bekommen
- Eingangsbestätigung der Bestellung per E-Mail erhalten
- AGB müssen einsehbar und in wiedergabefähiger Form speicherbar sein

### Fernabsatzverträge (Geschäfte per Telefon, Email, Fax,...): (§ 312b BGB)

Verträge zwischen Unternehmer und Verbraucher über die Lieferung von Waren oder Erbringung von Dienstleistungen für ein für den Fernabsatz organisiertes Vertriebs- oder Dienstleistungssystem unter dem ausschließlichen Einsatz von Fernkommunikationsmitteln

- Unterliegen (Verbraucher) Schutz

### Informationspflichten bei Fernabsatzverträgen: (312c BGB i.V.m. § 1 BGB-InfoV)

- vor Abgabe d. Vertragserklärung, den Fernkommunikationsmittel entsprechend, „klar und deutlich“, in Textform (Link zu AGB oder Hinweis auf Bestehen einer Widerrufserklärung reichen nicht aus; Email ist OK, aber Unternehmer hat Beweispflicht für Zugang d. Email)
- wesentlicher Umfang
  - Identität und Anschrift, wesentliche Merkmale der Ware/Dienstleistung, Bedingungen eines Widerrufs-/Rückgaberechts, AGB (sonst nicht Vertragsbestandteil)

### Widerruf (vom Vertrag zurücktreten) (§§ 312d, 355 BGB)

- Beginn d. Widerrufsfrist durch Erfüllung d. Informationspflicht oder bei Zusendung d. Ware oder bei Vertragsabschluss (Dienstleistung)
- bei Belehrung über Widerruf vor Vertragsschluss → 2 Wochen Frist, sonst 4 Wochen Frist (Informationspflicht)
- Rücksendekosten trägt d. Unternehmer, außer d. Kaufpreis unterschreitet 40 € oder die Gegenleistung oder Teilzahlung wurde nicht erbracht

### Rückgabe: (§§ 312d, 356 BGB)

- Alternativ zum Widerrufsrecht anwendbar

- Nur durch Rücksendung der Ware ausführbar
- Rücksendekosten trägt immer der Unternehmer

#### **Rechtsfolgen von Widerruf und Rückgabe:**

- wandeln Vertragsverhältnis in Rückgewährschuldverhältnis (Käufer gibt bspw. Ware zurück, Unternehmer Geld)
- bei Verschlechterung d. Ware Wertersatz durch Verbraucher → wenn darauf hingewiesen (Informationspflicht)

#### **Handelsplattform (bspw. eBay) als gesonderter Geschäftsfall:**

- Abgabe der Willenserklärung d. Verkäufers bereits durch Aufgabe des Angebots
- keine Auktion, sondern Verkauf gegen Höchstgebot
- bei Vertrag zwischen Unternehmer und Verbraucher
  - gesetzliches Widerrufs-/Rückgaberecht
  - gesetzliche Informationspflichten
  - Nach einigen OLG Widerrufsfrist von 4 Wochen statt 2 Wochen, da keine Belehrung in Textform
- Bei Bewertungen keine falschen Tatsachen oder Schmähkritik zulässig

# Onlinerecht IV (Werbung im Internet )

## **(I.I) Begriff und Rechtsgrundlagen**

Werbung: Verhalten, das darauf angelegt ist, andere dafür zu gewinnen, die Leistungen desjenigen in Anspruch zu nehmen, für den geworben wird.

->(Wann ) Ist ein Wettbewerbsverhalten unlauter?

wichtigste Vorschriften des UWG :

**Generalklausel: § 3** (Verbot unlauteren geschäftlichen Verhaltens)

**§ 5** (Verbot der Irreführung)

**§§ 6 und 7 :** (weitere Vorschriften über Werbung und Marketingformen)

**§§ 8 – 10:** (Betroffenheit und Rechtsfolgen)

**§§ 16 und 17:** (Verrat von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen)

außerhalb des UWG : Preisangabenverordnung (**PAngV**)

## **(I.II) Schutzobjekte § 1 UWG (Begriffe: § 2 Abs. 2) :**

- Verbraucher (durchschnittlich informiert, aufmerksam, verständig)
  - Mitbewerber
  - sonstige Marktteilnehmer
  - die Allgemeinheit
- > "flüchtiger Verbraucher" wird geschützt

## **(I.III) Fallgruppen**

### **(I.III.I) Einflussnahme auf Kaufentscheidung**

-> Druckausübung ( § 4 Ziff. 1 )

- Durch strafrechtlich verbotene Handlung
- Moralisch
- Autoritär
- Wirtschaftlich

-> Menschenverachtung

- Missachtung allgemein anerkannter sittlicher Empfindungen
- Schockwerbung (Fall: Benetton)
- Verletzung der Menschenwürde oder Grundrechte Dritter

### **(I.III.II) Psychischer Kaufzwang (Rechtsprechung BGH)**

Verbraucher kann zu dem Zeitpunkt nicht anders als Ware zu kaufen. Kauft die Ware eher anstandshalber als wegen der Güte oder dem Preis

### **(I.III.III) Übertriebenes Anlocken (§§ 3, 4, 5)**

Grundsätzlich: Rationalität der Nachfrageentscheidung des Verbrauchers darf nicht ausgeschaltet werden. Verbraucher darf durch die Werbung nicht davon abgehalten werden Preis und Qualität des Gesamtangebots kritisch zu überprüfen

### **(I.III.IV) Irreführende Preisangaben (Preisangabenverordnung (PreisangVO) i.V.m. §§ 3,5 UWG)**

- Bruttopreisangabebzwang in unmittelbarer räumlicher Nähe zum Produkt, in Einzelfällen: leicht erkennbaren und eindeutige, Kennzeichnung (bspw. "\*\*")
- Verlinkung unzulässig, wenn undeutlich

### **(I.III.V) Vergleichende Werbung (§ 6)**

verglichene Produkte müssen völlig identisch sein -> austauschbar

- wahrheitsgemäß
- nachprüfbar
- nicht irreführend
- objektive und nachprüfbare Vergleichsmöglichkeit
- Klare, unmißverständliche Hinweise zu preisbildenden Unterschieden

### **(I.III.VI) Gesetzliche Werbebeschränkungen**

Unterteilung in Produktbezogene und berufsbezogene Beschränkungen.

### **(I.III.VII) Direktwerbung (§§ 3, 7 UWG) (Brief / Fax, E-Mail, SMS, Telefon)**

-> Unmissverständliche Äußerung vom Betroffenen die Werbung zu wünschen und die Möglichkeit zu Widerrufen muss bestehen

### **(I.III.VIII) Mithaftung für Verhalten Dritter**

-> Mitstörer: Dritte, der Möglichkeit besaß, rechtswidrige Handlung zu verhindern

### **(I.IV) mögliche Rechtsfolgen**

- Unterlassung (§ 8 Abs. 1 )  
Satz 2: Unterlassungs-/Beseitigungsanspruch, selbst wenn Zuwiderhandlung nur droht (Regelfall)
- Schadensersatz (§ 9)  
Bei vorsätzlicher oder fahrlässiger Zuwiderhandlung  
-> Ersatzpflicht des daraus entstehenden Schadens  
-> Anspruch auf Auskunft und Rechnungslegung.
- Gewinnabschöpfung (§ 10)  
Vorsätzliche Zuwiderhandlung gegen das Verbot des unlauteren Wettbewerbs und Gewinnerzielung zu Lasten einer Vielzahl von Abnehmern  
**Anklage** durch die **§ 8 Abs. 3 Ziff. 2 - 4** aufgelisteten Verbände.  
Herausverlangter Gewinn ist an den Bundeshaushalt abzuführen.
- Strafbarkeit  
**§ 4** Fälle strafbarer Werbung  
**§ 17** Verrat von Geschäfts- oder Betriebsgeheimnissen

### **(II) Abmahnung**

= Außergerichtliche, schriftliche oder mündliche Aufforderung an Konkurrenten zur Unterlassung eines bestimmten, nach den zivilrechtlichen Vorschriften rechtswidrigen Verhaltens. Damit verbunden: Unterlassungs- und Verpflichtungserklärung  
-> Keine ausdrückliche gesetzliche Grundlage, aber von Rechtsprechung anerkannt.

#### **(II.I) Gebühren**

Abmahnung durch beauftragten Anwalt -> gesetzliche Gebühren  
-> Anwalt muss zunächst gegenüber seinem Mandanten abrechnen und die Kosten dann als Vertreter seines Mandanten vom Gegner einfordern.

#### **(II.II) Gegenmaßnahmen**

Abwehr durch Klagen auf Feststellung möglich.  
Unterlassungserklärungen = Dauerschuldverhältniss -> aus wichtigen Gründen kündbar

#### **(II.III) Serienabmahnungen**

Abmahner versendet Vielzahl gleicher oder ähnlicher Schreiben an eine Vielzahl von Konkurrenten / Gegnern  
-> unter bestimmten Umständen unzulässige Rechtsausübung